

Umkehr nach dem Untergang

Das Jahr 1945 war der entscheidende Wendepunkt in der deutschen Geschichte.

Von Heinrich August Winkler

Winkler, 66, ist Professor für Neueste Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität. In seinem zweibändigen Hauptwerk „Der lange Weg nach Westen“ schildert und analysiert er die deutsche Historie der letzten zwei Jahrhunderte.

Einmal zumindest hatte Adolf Hitler richtig prophezeit. Am 1. September 1939, dem ersten Tag des von ihm entfesselten Krieges, verkündete der „Führer und Reichskanzler“ vor dem Reichstag: „Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen.“

Tatsächlich verlief der Zweite Weltkrieg an der deutschen „Heimatfront“ ganz anders als der Erste. Es gab keine Streiks, keine Meutereien und erst recht keine Revolution. Das hatte seinen Grund nicht nur in der Allgegenwart des Terrors. Es lag vor allem auch an der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Gebiete, die Deutschland eine Hungersnot wie den „Steckrübenwinter“ von 1916/17 ersparte. Es lag an der ebenso rücksichtslosen Ausbeutung von Millionen von zwangsverpflichteten ausländischen Zivilarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Die Zwangs- und Sklavenarbeit von Ausländern erlaubte es, dass die deutschen Arbeiter zwischen 1939 und 1945 weniger ausgebeutet wurden als zwischen 1914 und 1918. Sie konnten und sollten sich privilegiert fühlen, und das taten die meisten von ihnen auch. Zu keiner Zeit musste das „Dritte Reich“ fürchten, dasselbe Schicksal zu erleiden wie das Kaiserreich, das im letzten Kriegsjahr von einer revolutionären Erhebung der Arbeiter und Soldaten hinweggefegt worden war.

Im November 1918 erlebte Deutschland einen Regimewechsel, die Ablösung der Monarchie durch eine Republik. Das Deutsche Reich verlor zwar 1919 durch den Friedensvertrag von Versailles ein Siebtel seines Gebiets, aber es blieb erhalten. Ein gesellschaftlicher und moralischer Bruch mit dem Kaiserreich fand nicht statt. Die militärische Führung und das hohe Beamtentum, die Großunternehmer und die ostelbischen Großgrundbesitzer bildeten weiterhin die „Stützen der Gesellschaft“. Die parlamentarische Demokratie, die Deutschland erst im Oktober 1918 eingeführt hatte, galt weiten Kreisen als die Staatsform der Sieger und damit als undeutsch. Die militärische Niederlage wurde von der Rechten auf heimtückischen Verrat der Linken, einen „Dolchstoß“ in den Rücken des „im Felde unbesiegten“ Heeres, zurückgeführt. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Anteil an der Kriegsschuld von 1914 unterblieb. Das erleichterte den Kampf gegen das „Diktat von Versailles“: Wenn sich die Deutschen der Weimarer Republik in einem Punkt grundsätzlich einig waren, dann war es die Überzeugung, dass es kein wichtigeres außenpolitisches Ziel gab als die Überwindung der Friedensordnung von 1919.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war fast alles anders. Die Siegermächte übernahmen die oberste Gewalt in dem okkupierten und in vier Besatzungszonen aufgeteilten Land. Der nationalsozialistischen Führung wurde, soweit sie den „Zusammenbruch“ überlebt hatte, von den Alliierten der Prozess gemacht, ebenso den am stärksten belasteten Spitzen von Wehrmacht, Diplomatie und Wirtschaft. Es gab auf Jahre hinaus kein deutsches Militär. Anders als nach 1918 konnten sich nach 1945 weder Kriegsunschuld- noch Dolchstoßlegenden durchsetzen. Den Zweiten Weltkrieg hatte das nationalsozialistische Deutschland zu verantworten: Nur eine Minderheit von Unbelehrbaren stellte das in Frage.

Für die deutsche Geschichte bedeutet das Jahr 1945 nicht nur einen Wendepunkt unter anderen, sondern den Wendepunkt schlechthin. Zeitweilig schien es sogar, als markiere es den Endpunkt der deutschen Nationalgeschichte. Ende Mai 1945, wenige Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, hielt Thomas Mann, eine der großen Gestalten des deutschen Exils, in der Library of Congress zu Washington eine Rede über „Deutschland und die Deutschen“, in der er den tieferen Gründen der deutschen Katastrophe nachging. Einen davon sah er darin, „dass Deutschland nie eine Revolution gehabt und gelernt hat, den Begriff der Nation mit dem der Freiheit zu vereinigen“.

Selbst „die vielleicht berühmteste Eigenschaft der Deutschen“, die „Innerlichkeit“, hatte ihnen nach Meinung des Dichters mehr Unglück als Glück gebracht. Ein Ausdruck dieser Innerlichkeit war aus seiner Sicht die deutsche Romantik. Europa verdanke ihr tiefe und belebende Impulse. Die Deutschen aber seien durch sie das „Volk der romantischen Gegenrevolution gegen den philosophischen Intellektualismus und Rationalismus der Aufklärung“ geworden. Mann folgerte daraus, „dass es nicht zwei Deutschland gibt, ein böses und ein gutes, sondern nur eines, dem sein Bestes durch Teufelslist zum Bösen ausschlug. Das böse Deutschland, das ist das fehlgegangene, das gute im Unglück, in Schuld und Untergang“.

Nicht alles, was Thomas Mann seinem Auditorium zu bedenken gab, hielt wissenschaftlicher Kritik stand; nicht alles war originell. Und doch traf er in seinem „Stück deutscher Selbstkritik“, wie er es nannte, etwas Wesentliches: einen Grundwiderspruch der deutschen Geschichte. Kulturell und gesellschaftlich ein Teil des alten Okzidents, hatte Deutschland sich politisch ganz anders entwickelt als seine westlichen Nachbarn. Es war sehr viel später als Frankreich und England ein Nationalstaat geworden und noch später eine Demokratie.

Ein Nationalstaat wurde Deutschland erst 1871 durch Bismarcks Reichsgründung, die schon von Zeitgenossen als Ergebnis einer „Revolution von oben“ gekennzeichnet wurde. 1871 war Preußens Antwort auf die gescheiterte Revolution von 1848. Bismarck, der Preuße aus märkischem Uradel, löste eine der beiden Fragen, um die es in jener Revolution gegangen war: die Einheitsfrage. Die andere Frage, die Freiheitsfrage, löste er nicht und konnte er nicht lösen. Die Einführung einer parlamentarisch verantwortlichen Reichsregierung hätte den Interessen des alten Preußens, seiner Dynastie, seines grundbesitzenden Adels, seines Militärs und seines Beamtentums fundamental widersprochen – den Interessen der anderen Bundesstaaten wie Bayern, Württemberg oder Sachsen freilich auch.

Noch 1918, kurz bevor das Reich in der Hoffnung auf einen milden Frieden dann doch zum westlichen System der parlamentarischen Mehrheitsregierung übergang, hatte Thomas Mann in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ den deutschen Macht- und Obrigkeitsstaat gegen die politischen Ideen der westlichen Demokratien verteidigt: Alles, was die deutsche „Kultur“ auszeichnete und der westlichen „Zivilisation“ überlegen machte, hatte sich nach seiner Überzeugung nur dank des fürsorglichen Schutzes eines starken, vom Mehrheitswillen unabhängigen Staates entwickeln können.

Nach der Gründung der Weimarer Republik revidierte sich der Autor gründlich: Er wurde zum beredten Fürsprecher der parlamentarischen Demokratie. Im gebildeten Deutschland aber überwogen jene, die die neue Ordnung ablehnten und an ihren Vorbehalten gegenüber „dem Westen“ festhielten. Die erste deutsche Demokratie war ein Produkt der Niederlage: Diese Vorbelastung war einer der wichtigsten Gründe des Scheiterns von Weimar.

Ein Produkt der Niederlage war auch der Mann, der als Sieger aus der Staatskrise der Weimarer Republik hervorging: Adolf Hitler. Das Trauma des verlorenen Krieges war die Bedingung seiner politischen Karriere. An die verbreiteten Ressentiments gegenüber dem „System“ von 1918 appellierten viele, aber niemand so virtuos wie er. Anders als die Honoratioren an der Spitze der bürgerlichen Rechten vermochte es der Führer der Nationalsozia-

listen, die Massen anzusprechen. Als die parlamentarische Demokratie von Weimar 1930 zusammenbrach und ein halbautoritäres Präsidialregime an ihre Stelle trat, schnellten die Stimmzahlen für die NSDAP nach oben.

Die Deutschen hatten zwar erst sehr spät eine parlamentarische Demokratie erhalten, die in Weimar von Anfang an mehr schlecht als recht funktionierte. Aber schon unter Bismarck waren sie in den Genuss des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechts gekommen. Unter den Präsidialregierungen der späten Republik hatte der Reichstag als Gesetzgebungsorgan weniger zu sagen als im Kaiserreich; das allgemeine Wahlrecht wurde damit weitgehend um seine politische Wirkung gebracht. Ebendarin lag Hitlers Chance: Er konnte sich nun als Anwalt des entrechteten Volkes ausgeben und fand Glauben für sein Versprechen, das Dritte Reich werde dem Volke näher sein als alle politischen Ordnungen, die Deutschland bisher erlebt hatte.

Ihren größten Wahlerfolg erzielten die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 mit einem Stimmenanteil von 37,4 Prozent. Doch dann kam ein jäher Absturz: Bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres 1932, am 6. November, erhielt die NSDAP nur noch 33,1 Prozent. Das waren über zwei Millionen Stimmen weniger als im Juli. Viele Beobachter im In- und Ausland hielten Hitler bereits für politisch erledigt. Sie unterschätzten jedoch seine mächtigste Verbündete: die Angst vor dem Bürgerkrieg und der roten Revolution. Die Kommunisten hatten nämlich am 6. November über 600 000 Stimmen hinzugewonnen; sie erreichten die magische Zahl von 100 Mandaten und lagen mit 16,9 Prozent nur noch um 3,5 Prozentpunkte hinter der SPD.

Der Schock des Wahlausgangs trug wesentlich dazu bei, dass seit November 1932 konservative Politiker, Schwerindustrielle und preußische Rittergutsbesitzer, die über enge Verbindungen zum greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verfügten, verstärkt auf eine Machtbeteiligung Hitlers drängten. Wenn er von einer konservativen Kabinettsmehrheit eingerahmt werde, könne er als Reichskanzler keinen Schaden anrichten, sondern eine Brücke zwischen den „nationalen“ Eliten und den „nationalen“ Massen schlagen: So dachten sie, und diesem Kalkül fügte sich am Ende auch der widerstrebende Hindenburg. Am 30. Januar 1933 berief er Hitler an die Spitze einer Regierung der „nationalen Erhebung“, in der es sehr viel mehr konservative als nationalsozialistische Minister gab.

Die Machtübertragung an Hitler war nicht das zwangsläufige Ergebnis der Geschichte der Weimarer Republik. Der Reichspräsident war durchaus nicht dazu gezwungen gewesen, Anfang Juni 1932 den im September 1930 gewählten Reichstag aufzulösen und damit die Staatskrise dramatisch zuzuspitzen. Hätte es erst im September 1934 – zum regulären Zeitpunkt – Neuwahlen gegeben, wären sie wahrscheinlich in eine Zeit der wirtschaftlichen Erholung und der politischen Entradikalisierung gefallen.

Hindenburg hätte sogar noch nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932, bei der erwartungsgemäß Nationalsozialisten und Kommunisten zusammen die Mehrheit der Sitze erreichten, die Möglichkeit gehabt, ohne Verfassungsbruch eine Kanzlerschaft Hitlers zu verhindern: Er konnte einen Reichskanzler, dem der Reichstag mit „negativer“, nicht regierungsfähiger Mehrheit das Misstrauen aussprach, geschäftsführend im Amt belassen.

Ein „Betriebsunfall“ aber war der 30. Januar 1933 auch nicht. Dass hochkonservative Kreise aus dem ostelbischen Großgrundbesitz und dem Militär den größten Einfluss auf den Reichspräsidenten ausübten und dadurch das eigentliche Machtzentrum der späten Weimarer Republik bildeten, hatte Gründe, die weit in die deutsche Geschichte zurückreichten. Es war der alte, preußisch geprägte Obrigkeitsstaat, der in Hindenburg und seiner Umgebung fortlebte. In diesem Kreis wurden 1932/33 die Weichen für den Weg in die Katastrophe gestellt.

Hitler habe in freien Wahlen nie eine Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich gebracht: So lautet eine alte und beliebte Schutzbehauptung, die man auch heute noch hört und liest. Tatsache ist, dass es bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 noch gefahrlos möglich war, gegen ihn zu stimmen. Die NSDAP kam damals auf 43,9 Prozent, die mit ihr verbündete „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“, ein Bündnis Deutschnationaler und anderer Konservativer, auf 8 Prozent. Das ergab eine Mehrheit von 51,9 Prozent für die Regierung Hitler.

Die persönliche Popularität Adolf Hitlers stieg in den folgenden Jahren ins Unermessliche; sie war ungleich höher als die seiner Partei. Die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre, zu erheblichen Teilen eine Folge der Rüstungskonjunktur, trug zu diesem Triumph ebenso bei wie die beiden größten außenpolitischen Erfolge der Vorkriegszeit: die kampflose Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands 1936 und der „Anschluss“ Österreichs 1938.

Die Judenfeindschaft der Nationalsozialisten erschien den meisten Deutschen übertrieben, aber im Kern nicht unberechtigt. Verpönt war rohe Gewalt gegenüber Juden. Über ihre „gesetzliche“ Entrechtung aber empörten sich die wenigsten, und kaum jemand trug Bedenken, aus der Enteignung jüdischen Besitzes Nutzen zu ziehen. Nie zuvor hatte es eine derart radikale Umverteilung in Deutschland gegeben wie die „Arisierung“ in den Jahren 1933 bis 1939, eine gigantische, erzwungene Vermögensübertragung von jüdischen an nichtjüdische Deutsche, die bis heute nachwirkt. Über die physische Vernichtung der europäischen Juden seit 1941 wurde mehr bekannt, als das Regime wünschte. Aber zum Wissen gehört immer auch das Wissenwollen, und daran fehlte es, was den Holocaust angeht, im Deutschland des Dritten Reiches.

Hitlers Krieg, der am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen begann, war bei den Deutschen zunächst durchaus nicht populär, wohl aber die frühen Siege, an erster Stelle der über Frankreich im Sommer 1940. Nach dem Fall von Paris schien Deutschland den Ersten Weltkrieg mit 22 Jahren Verspätung doch noch gewonnen zu haben. „Die übermenschliche Größe des Führers und seines Werkes erkennen heute alle gutgesinnten Volksgenossen restlos, freudig und dankbar an“, berichtete am 9. Juli 1940 der Regierungspräsident von Schwaben.

Das akademische Deutschland war nicht weniger begeistert als die vielen namenlosen „Volksgenossen“. Der Historiker Friedrich Meinecke, geboren 1862, stand Hitler und dem Nationalsozialismus kühl, ja ablehnend gegenüber. Am 4. Juli 1940 aber schrieb er einem Kollegen: „Freude, Bewunderung und Stolz auf dieses Heer müssen zunächst auch für mich dominieren. Und Straßburgs Wiedergewinnung! Wie sollte einem da das Herz nicht schlagen.“

Ohne starken Rückhalt bei den akademischen Eliten hätte Hitler sich schwerlich zwölf Jahre lang an der Macht behaupten können. Die tragfähigste Brücke zwischen dem „Führer“ und den „Gebildeten“ war wohl der Mythos vom „Reich“. Keiner benutzte ihn so gekonnt wie Hitler; nirgendwo hatte dieser Mythos so tiefe Wurzeln geschlagen wie bei denen, die in den Genuss höherer Bildung gelangt waren.

Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das sich 1806 unter dem Druck Napoleons auflösen musste, war nie ein Nationalstaat gewesen. Es hatte sich lange als Schutzmacht der abendländischen Christenheit verstanden und damit einen übernationalen Anspruch verbunden.

Die Reichsidee war „großdeutsch“; sie umfasste immer auch Österreich, das der Preuße Bismarck aus seinem „kleindeutschen“ Reich von 1871 ausgeschlossen hatte. Darum war der großdeutsche Gedanke nie so lebendig wie in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg: Mit

dem Untergang des habsburgischen Vielvölkerreichs im Jahre 1918 war das stärkste Hindernis entfallen, das einer Vereinigung von Österreichern und „Reichsdeutschen“ im Weg gestanden hatte.

Doch für seine Ideologen bedeutete das Reich noch sehr viel mehr: Es hatte die Bestimmung, die „europäische Ordnungsmacht“ zu sein. Das war der Titel einer nationalsozialistischen Programmschrift aus dem Jahr 1941, und es war zugleich das Credo der Intellektuellen, die an Hitler glaubten. Manche knüpften sogar an die mittelalterliche Vorstellung an, dass das Reich der Deutschen dazu berufen sei, die Herrschaft des Antichrist aufzuhalten, womit sie dem Antibolschewismus der Nationalsozialisten eine Art heilsgeschichtlicher Rechtfertigung verschafften. In dem verballhornten deutschen Bildungsgut, aus dem Hitler lebte und das er in Politik umsetzte, konnten sich viele Vertreter des gebildeten Deutschland wiedererkennen - die jüngeren mehr als die älteren, die in der Zeit vor 1914 aufgewachsen waren und ihre Vorbehalte gegenüber der Vulgarität des „Emporkömmlings“ nie ganz überwandten.

Es gab eine Wahlverwandtschaft zwischen Hitler und den jüngeren Deutschen, die den deutschen Geist zu verkörpern meinten. Diese Wahlverwandtschaft überdauerte nicht nur den Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941, sondern sie war wohl nie so stark wie in der Zeit, da Hitler im Begriff schien, den Endkampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu gewinnen.

Die Niederlage von Stalingrad im Januar 1943 versetzte der Suggestion, die von dem Diktator ausging, einen schweren Stoß. An einen „Endsieg“ zu glauben fiel vielen Deutschen zunehmend schwer. Die Nachricht vom Abend des 20. Juli 1944, Hitler habe ein Attentat nur leicht verletzt überlebt, ließ die Sympathien für den Mann an der Spitze des Großdeutschen Reiches nochmals ansteigen. Nach den Beobachtungen des Präsidenten des Oberlandesgerichts Nürnberg glaubten selbst Deutsche, die keine ausgesprochenen Nationalsozialisten waren, „dass nur der Führer die Lage meistern kann und sein Tod das Chaos und den Bürgerkrieg zur Folge gehabt hätte“.

Ein Dreivierteljahr später, im Frühjahr 1945, dachten nicht mehr viele so. Die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, des SD, hielten fest, was offenbar eine weitverbreitete Meinung war: „Der Führer wurde uns von Gott gesandt, aber nicht um Deutschland zu retten, sondern um Deutschland zu verderben. Die Vorsehung hat beschlossen, das deutsche Volk zu vernichten, und Hitler ist der Vollstrecker dieses Willens.“

Mit dem Dritten Reich ging am 8. Mai 1945 auch das von Bismarck 1871 gegründete Deutsche Reich unter, das Thomas Mann das „uneilige Deutsche Reich preußischer Nation“ nannte, das immer nur ein „Kriegsreich“ habe sein können. Den Untergang Preußens, das unter Hitler nur noch ein Schattendasein geführt hatte, vollendete der Alliierte Kontrollrat durch das Gesetz Nummer 46 vom 25. Februar 1947. Es verfügte die Auflösung des Staates Preußen mit der Begründung, dieser sei „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ gewesen und habe in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Das war eine einseitige Schuldzuweisung, denn es hatte stets auch ein „anderes“ Preußen gegeben: das Preußen der Aufklärung, der Stein-Hardenbergschen Reformen, der Weimarer Republik und des 20. Juli 1944. Doch es ist auch wahr, dass der Österreicher Adolf Hitler den Mythos Preußen, den Kult um Friedrich den Großen und den Appell an die preußischen Tugenden des Gehorsams und der Pflichterfüllung benötigte, um Deutschland beherrschen und die Deutschen in den Krieg führen zu können. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war der preußische Mythos so verbraucht wie der sehr viel ältere Reichsmythos, der den Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahre 1806 um 139 Jahre überlebt hatte.

Von dem Territorium des Reiches, so wie Hitler es 1933 vorgefunden hatte, blieb den Deutschen 1945 nur, was westlich von Oder und Neiße lag. Die Abtrennung Ostpreußens, Hinterpommerns, Ostbrandenburgs und Schlesiens, die unter polnische beziehungsweise, im Fall des Gebiets um Königsberg, unter sowjetische Verwaltung kamen, bedeutete nicht nur den Verlust eines Viertels des Reichsgebiets in den Grenzen von 1937 und einen erzwungenen Bevölkerungstransfer, von dem über sieben Millionen Deutsche betroffen waren. Der Verlust der Ostgebiete bildete zusammen mit der „Bodenreform“ in der Sowjetischen Besatzungszone auch eine tiefe sozialgeschichtliche Zäsur: Es gab fortan keinen ostelbischen Rittergutsbesitz mehr. Einer ehemals einflussreichen Machtelite, die wie keine zweite das alte, obrigkeitsstaatliche Deutschland verkörpert hatte, war im Wortsinn der Boden entzogen worden.

Auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen hatte es, sieht man von Ostholstein und dem Wendland ab, die Klasse der Rittergutsbesitzer ohnehin nie gegeben. Dass die Bundesrepublik, anders als Weimar, zu einem bürgerlichen, demokratischen, dem Westen zugewandten Staat werden konnte, lag auch an diesem oft übersehenen Teil des Kontinuitätsbruchs von 1945.

Eine „Stunde null“ hat es nach dem Untergang des Dritten Reiches nicht gegeben, und doch trifft dieser Begriff das Empfinden der Zeitgenossen ziemlich genau. Nie war die Zukunft in Deutschland so wenig vorhersehbar, nie das Chaos so allgegenwärtig wie im Frühjahr 1945. In der Sowjetischen Besatzungszone erlebten die Deutschen, und vor allem die Frauen, die Willkür der Sieger auf ungleich brutale Weise als in den Westzonen; Rechtlosigkeit aber war in den ersten Wochen nach der Kapitulation eine gesamtdeutsche Erfahrung.

Die „Zusammenbruchsgesellschaft“ war in allen Besatzungszonen hochmobil: Millionen von Heimatvertriebenen und Ausgebombten, aber auch ehemaligen Zwangsarbeitern und Überlebenden des Holocaust waren auf der Suche nach einer Bleibe; hungrige Stadtbewohner unternahmen Hamsterfahrten aufs Land, wo sie sich, auf dem Weg des Gütertauses, mit den notwendigsten Lebensmitteln versorgten; viele ehemals Bessergestellte, die nun ohne Gehälter, Pensionen und sonstige regelmäßige Einkünfte waren, mussten zeitweilig primitive Arbeiten verrichten; die Trümmerfrauen wurden zur Verkörperung eines radikalen Tausches der Geschlechterrollen.

Im Zuge von Bombenkrieg, Vertreibung und Zusammenbruch veränderte sich die deutsche Gesellschaft wesentlich stärker als in den ersten zehn Jahren von Hitlers Herrschaft. Mit dem sozialen Wandel ging ein Umbruch der Werte einher: Hunger und Obdachlosigkeit, der tägliche Kampf ums Überleben erschütterten die hergebrachten Moralvorstellungen. Selbst Kirchenfürsten wie der Kölner Kardinal Joseph Frings äußerten Verständnis dafür, wenn manche Gläubige den Unterschied zwischen „mein“ und „dein“ nicht mehr so ernst nahmen wie ehemals. („Fringsen“ nannte der Volksmund diese geläufige Art der Aneignung von fremdem Besitz.)

Das Ende aller Sicherheit prägte sich tief in das Gedächtnis derer ein, die es erlebten. Aber Dauer war den meisten Veränderungen von 1945 nicht beschieden. Die Zusammenbruchsgesellschaft war eine Gesellschaft im Ausnahmezustand. Sie brachte keine neue Ordnung hervor, sondern die tiefe Sehnsucht, so rasch wie möglich zu irgendeiner Form von Normalität zurückzukehren. Die setzte dann, in den westlichen Besatzungszonen, im Juni 1948 mit der Währungsreform ein.

Die Art und Weise, wie die Deutschen nach 1945 mit ihrer jüngsten Vergangenheit umgingen, war zutiefst widersprüchlich. Die meisten hielten den Mann, den sie zuvor wie einen Gott verehrt hatten, nun für Deutschlands Unglück. Aber die Schuld an der „deutschen

Katastrophe“, von der Friedrich Meinecke 1946 im Titel einer vielgelesenen Schrift sprach, gaben sie nicht sich, sondern der obersten Führung des Dritten Reiches, namentlich Adolf Hitler, der sie verführt hatte.

Über die Rolle, die sie zwischen 1933 und 1945 gespielt hatten, schwiegen sich die Deutschen in ihrer Mehrzahl noch dann lieber aus, wenn sie mehr als nur Mitläufer im Sinne der Entnazifizierung gewesen waren. Sie wurden auch von keiner demokratischen Partei gedrängt, sich ehrlich zu machen. Schließlich hatte die NSDAP bei Kriegsende rund 8,5 Millionen Mitglieder gezählt. Wer die ehemaligen Parteigenossen nicht in die Arme einer radikalen Rechtspartei treiben wollte, durfte sie nicht verprellen, sondern musste um sie werben. Infolgedessen schritt die innere Umkehr nur langsam voran. Es vergingen Jahrzehnte, bis sich in der Bundesrepublik die Einsicht durchgesetzt hatte, dass der Nationalsozialismus nicht eine schlecht durchgeführte, aber ursprünglich gute Idee gewesen war, sondern von Anfang an und in seinem Wesen verbrecherisch.

Eine zweite Chance, eine Demokratie aufzubauen, erhielt nach 1945 nur ein Teil der Deutschen: diejenigen, die in den Westzonen lebten. Die Besatzungsmächte halfen ihnen dabei, und das im wohlverstandenen Eigeninteresse. Seit 1946 war klar, dass sich die Westmächte und die Sowjetunion über die Zukunft Deutschlands nicht würden einigen können. Im Zeichen des Kalten Krieges zwischen Ost und West musste jeder Seite daran gelegen sein, aus den Besiegten in ihrem Machtbereich Verbündete zu machen.

Am klügsten verhielt sich in dieser Hinsicht die mächtigste Siegenation, die USA. Nachdem die Sowjetunion ihren Machtbereich bis in die Mitte Europas vorgeschoben hatte, konnten die Vereinigten Staaten ihrer weltpolitischen Verantwortung nicht länger ausweichen. Sie blieben, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, in Europa politisch und militärisch präsent. Die Gefahr einer weiteren sowjetischen Expansion ließ das Verlangen nach einer Bestrafung der Deutschen rasch in den Hintergrund treten. Stattdessen schickte sich Washington an, durch „re-education“ aus den Deutschen, genauer gesagt: den Westdeutschen, endlich Demokraten zu machen.

Amerika hatte damit Erfolg, weil die Deutschen ihrerseits dabei waren zu begreifen, wohin sie ihre Verachtung der westlichen Demokratie geführt hatte: in die größte Katastrophe ihrer Geschichte. Die überlebenden Weimarer Demokraten aller Parteien waren sich einig in dem Bemühen, aus den Fehlern der ersten Republik zu lernen und diesmal eine Demokratie aufzubauen, die ihren erklärten Gegnern im Voraus den Kampf ansagte und so funktions-tüchtig war, dass sie gute Aussichten hatte, sich auch in Krisenzeiten zu bewähren. Das Ergebnis dieses Lernprozesses war das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

Von einer „Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“ könnte man aber rückblickend vermutlich nicht sprechen, wenn der Gründung des neuen Staates nicht alsbald das Wirtschaftswunder gefolgt wäre. Die längste Hochkonjunkturphase des 20. Jahrhunderts ermöglichte die rasche Integration der Heimatvertriebenen und minderte die Anziehungskraft extremer politischer Kräfte auf der Rechten und der Linken.

Während des Booms der fünfziger Jahre vollzog sich in der Bundesrepublik ein sozialer Wandel, der alles in den Schatten stellte, was es in der Weimarer Republik und im Dritten Reich an gesellschaftlichen Veränderungen gegeben hatte. Die Landwirtschaft schrumpfte, der Dienstleistungssektor wuchs, und damit verschoben sich auch die Gewichte zwischen Arbeitern und Angestellten – zugunsten der Letzteren. Der Siegeszug des Fernsehens und die zunehmende Mobilität der Bundesdeutschen, eine Folge der Motorisierung, trugen dazu bei, dass sich die Reste der einst festgefügtten „Milieus“ auflösten. Von einem proletarischen Klassenbewusstsein war schon Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr viel zu spüren; der konfessionelle Gegensatz hatte seine alte Schärfe eingebüßt.

Davon profitierte vor allem die erste demokratische Volkspartei der deutschen Geschichte, Konrad Adenauers Christlich Demokratische Union, die Katholiken und Protestanten aus allen Schichten in sich vereinigte. Bestrebungen, eine interkonfessionelle christliche Partei zu schaffen, hatte es schon in der Weimarer Republik gegeben, doch sie waren erfolglos geblieben. Es bedurfte der Erfahrung des Kirchenkampfes und der Verfolgung christlicher Hitler-Gegner in den Jahren nach 1933, um aus der guten Absicht nach Kriegsende eine politische Tat werden zu lassen.

Länger als CDU und CSU brauchte die SPD, um sich von althergebrachten, aber überholten Traditionen zu befreien. Die Dogmen von Klassenkampf, Planwirtschaft und Sozialisierung galten, im Prinzip jedenfalls, auch noch lange nach 1945. Erst das Godesberger Programm von 1959, mit dem sich die SPD vom Marxismus verabschiedete und der sozialen Marktwirtschaft zuwandte, eröffnete ihr die Chance, zur Volkspartei aufzusteigen.

Die militärische Niederwerfung des Dritten Reiches hatte die Deutschen von der Herrschaft Hitlers befreit. Aber Befreiung bedeutete noch nicht Freiheit. Und selbst dort, wo die Deutschen im Gefolge der Befreiung politisch frei wurden, dauerte es noch lange, bis sie vorbehaltlos anerkannten, dass die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 die Vorbedingung ihrer Freiheit war. Die Deutschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren Deutschen Demokratischen Republik lebten, erlangten ihre Freiheit erst durch die „friedliche Revolution“ vom Herbst 1989 – mehr als vier Jahrzehnte später als die Westdeutschen.

Der 8. Mai 1945 war der entscheidende Wendepunkt, aber nicht der Endpunkt der deutschen Geschichte. Der 3. Oktober 1990, der Tag der Wiedervereinigung, markiert einen neuen Wendepunkt. Er steht für die Lösung der deutschen Frage in dem doppelten Sinn, den diese Frage seit dem frühen 19. Jahrhundert gehabt hat. Soweit sie eine Frage des Gebiets war, ist sie durch die Anerkennung der Grenzen von 1945 endgültig beantwortet. Soweit sie das Verhältnis von Einheit und Freiheit betraf, ist sie ebenfalls gelöst.

Am 3. Oktober 1990 konnte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker beim Festakt in der Berliner Philharmonie eine Feststellung treffen, die auf allgemeine Zustimmung stieß: „Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet.“

In: *Der Spiegel* Nr. 5/31.1.05